

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Konsequent gegen Extremismus IV: Antiextremistischen Konsens stärken – Einrichtung einer Professur für Terrorismusforschung

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Freie Universität Berlin zu ertüchtigen, zum Ausbau und zur Stärkung ihres politikwissenschaftlichen Arbeitsbereichs der Friedens- und Konfliktforschung eine Professur für Terrorismusforschung einzurichten. Dabei soll die Professur durch eine Verstärkung der Finanzierung im Rahmen der nächsten Hochschulverträge (2023-2027) langfristig abgesichert werden. Die Professur hat sich vor allem der Erforschung der Entstehungsgeschichte terroristischer Organisationen und Ideologien, der Wirkungsweise terroristischer Strukturen sowie möglicher Präventions- und Handlungsstrategien zu widmen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. September 2020 über den Stand der Umsetzung zu berichten.

Begründung

Als eigenes Forschungsfeld der Politikwissenschaft gewinnt die Terrorismusforschung zunehmend an Bedeutung. Eine an einer Berliner Universität angesiedelte Professur ohne behördliche Anbindung, die sich ausschließlich dem Phänomen des nationalen und internationalen Terrorismus widmet, existiert jedoch nicht. Forschungen zum Thema werden bisher an einzelnen Berliner Hochschulen bei unterschiedlichen Professuren verschiedener Institute durchgeführt. Die Stärkung der Terrorismusforschung, die an der Freien Universität am Fachbereich Politik-

und Sozialwissenschaften Teil der Friedens- und Konfliktforschung ist, wurde bereits im Hochschulvertrag für die Jahre 2018 bis 2022 als Sondertatbestand verankert.

Der Wissenschaftsstandort Berlin bietet sowohl inhaltlich als auch strukturell hervorragende Voraussetzungen, um auf dem Gebiet der Terrorismusforschung bundesweit eine Vorreiter- und Führungsrolle einzunehmen. Für eine wesentliche Stärkung der Grundlagenforschung bedarf es jedoch einer auf Dauer angelegten Professur ohne behördliche Anbindung. Zu den Forschungsschwerpunkten sollen terroristische Ideologien und Organisationen, gesellschaftliche Bedingungen und Ursachen für die Entstehung unterschiedlicher Terrorismusformen in Geschichte und Gegenwart sowie Präventions- und Handlungsstrategien zählen. Darüber hinaus sollen begünstigende gesellschaftliche Faktoren sowie Zusammenhänge zwischen Staat, Religion und Terrorismus untersucht werden. Eine vorwiegend projektgebundene, temporär betriebene sowie behördlich angebundene Forschung allein wird weder der Komplexität noch der Bedeutung des Themas gerecht.

Terroristische Gewalt ist ein vielschichtiges Phänomen und eine Herausforderung für die Innen- und Sicherheitspolitik mit gesamtgesellschaftlicher Relevanz. Sowohl zur Verhinderung als auch zur Aufklärung terroristischer Straftaten ist ein tieferes Verständnis der Entstehungsgeschichte und Wirkungsweise terroristischer Strukturen erforderlich, welches wiederum eine möglichst umfassende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema voraussetzt. Ziel muss es sein, den Wissenstransfer zu stärken und die durch Forschung gewonnenen Erkenntnisse für Politik und Gesellschaft verwertbar zu machen.

Berlin, 20. August 2020

Dregger Lenz Grasse Dr. Hausmann
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU